

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Anneliese Augustin, Jochen Feilcke, Wolfgang Vogt (Düren), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ingrid Walz, Ulrich Irmer, Dr. Michaela Blunk (Lübeck), Jörg Ganschow, Georg Gallus, Dr. Werner Hoyer, Arno Schmidt (Dresden), Dr. Cornelia von Teichman, Torsten Wolfgramm (Göttingen), Burkhard Zurheide und der Fraktion der F.D.P.

50 Jahre Weltbank – steigende Verantwortung im Dienste einer nachhaltigen Entwicklung

In den 50 Jahren ihres Bestehens ist die Weltbank zur einflußreichsten und einer der kompetentesten Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit geworden. Dabei hat sie Kursänderungen in ihren Zielsetzungen und Instrumenten vorgenommen, um neuen Aufgaben gerecht zu werden: So ist die Bank u. a. bestrebt, der Armutsbekämpfung mehr Gewicht zu verleihen. Im Umweltbereich hat sie mit ihren Richtlinien inzwischen Maßstäbe gesetzt, die als Arbeitsgrundlage bilateraler Geber und der regionalen Entwicklungsbanken genutzt werden.

Dennoch ist die Weltbank gerade in letzter Zeit erheblicher Kritik ausgesetzt: Besonders bei Großprojekten wird ihr vielfach mangelnde Sorgfalt und Sensibilität gegenüber den betroffenen Menschen und der natürlichen Umwelt vorgeworfen. Teilweise werden die eigenen umwelt- und sozialpolitischen Richtlinien schon bei der Vereinbarung über Projekte und bei deren Durchführung zu wenig beachtet oder beaufsichtigt. Der interne „Wapenhans“-Bericht zeigt auf, daß im Hinblick auf die vergleichsweise strengen bankinternen Beurteilungskriterien Anlaß besteht, gerade das Projektmanagement bei der Umsetzung der Richtlinien und Auflagen zu verbessern. Andererseits ist der Bericht und eine daraufhin eingeleitete Reform des Entscheidungs- und Durchführungssystems auch ein Zeichen für die Reformbereitschaft der Weltbank.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der größten Kapitalanteilseigner der Weltbank. Die Richtlinien, Schwerpunkte und Projektevaluierungsverfahren der deutschen Entwicklungspolitik genießen auch international hohe Anerkennung. Die deutsche Politik muß daher ein erhebliches Interesse daran haben, daß ihre entwicklungspolitischen Bemühungen nicht von internationalen

Entwicklungsbanken, insbesondere der kapitalstarken Weltbank, konterkariert werden und ihre Wirkung verlieren. Gerade nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro muß es Ziel von Bundestag und Bundesregierung sein, mit darüber zu wachen, daß die Weltbank ihrer steigenden Verantwortung für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung in den ärmeren Regionen dieser Erde gerecht wird.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird in ihrem Bemühen bestärkt, die aktuelle Projektpolitik der Weltbank kritisch zu verfolgen und die Bank zu einer vollständigen Implementierung ihrer in den „operational directives“ zusammengefaßten ökologischen und sozialen Vergabekriterien zu veranlassen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Weltbank bei der von ihr eingeleiteten Umsetzung der Reform des Entscheidungs- und Durchführungssystems so weit wie möglich zu unterstützen. Wichtige Ziele dieser Reform müssen sein
 - eine offenere Informationspolitik und größere Transparenz der Entscheidungen der Weltbank,
 - eine effizientere interne und unabhängige externe Kontrolle der Projekte,
 - eine höhere Kontrollkompetenz der Fachleute im Sozial- und Umweltbereich,
 - eine intensivere Projektbegleitung vor Ort,
 - stärkere Partizipation der betroffenen Bevölkerung bei Projektplanung und -durchführung und
 - die strikte Orientierung am Projekterfolg statt am Umfang der finanziellen Zusagen und Auszahlungen.
3. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, die Weltbank zu ihrer zugesagten aktiven Rolle bei der Umsetzung der Erklärungen und Beschlüsse der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung von 1992 anzuhalten. Dabei sollte die Bundesregierung auch konkrete Vorstellungen entwickeln für weitere Verbesserungen des Kreditportfolios der Weltbank in Schlüsselbereichen wie etwa Energie, Forstwirtschaft, Armutsbekämpfung oder Umsiedlung. Die Bundesregierung ist gleichzeitig aufgefordert, sich innerhalb der Weltbank insbesondere für die Förderung von Projekten einzusetzen, die
 - unmittelbar den Schutz oder die Rehabilitierung der natürlichen Umwelt,
 - eine angepaßte, ressourcenschonende Energieversorgung und eine effizientere Energienutzung sowie
 - Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe, Bildung und Ausbildung und Änderungen der nationalen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungenzum Ziele haben.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung darin, die multilateralen Geber und insbesondere die Weltbank zu veranlassen, kontinuierlich die Umwelt- und Sozialverträglichkeit ihrer Projekt- und Sektorkredite zu evaluieren und dafür zu sorgen, daß die Ergebnisse Eingang in die Praxis finden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- für die nächste IDA-Aufstockung bzw. Kapitalerhöhung der Weltbank einen Verhandlungskatalog im Sinne dieses Antrags zu entwickeln,
 - den zuständigen Fachausschuß des Deutschen Bundestages zu wichtigen Grundsatzentscheidungen in der Weltbank rechtzeitig zu informieren,
 - die entsprechenden personellen Kapazitäten und die notwendige Koordinierung sicherzustellen, um die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit und auch die Arbeit der Weltbank besser überwachen zu können,
 - die deutschen Botschaften aufzufordern, die Tätigkeit der internationalen Entwicklungsbanken weiter intensiv zu beobachten.

Bonn, den 29. Juni 1994

Dr. Christian Ruck
Dr. Winfried Pinger
Klaus-Jürgen Hedrich
Anneliese Augustin
Jochen Feilcke
Wolfgang Vogt (Düren)
Dr. Walter Franz Altherr
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Hans-Joachim Fuchtel
Elisabeth Grochtmann
Manfred Heise
Dr. Norbert Herr
Ernst Hinsken
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Dr. Egon Jüttner
Karl-Josef Laumann
Ursula Männle
Dr. Dietrich Mahlo

Erwin Marschewski
Günter Marten
Friedhelm Ost
Hans-Wilhelm Pesch
Otto Regenspurger
Heinz Schemken
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Ingrid Walz
Ulrich Irmer
Dr. Michaela Blunk (Lübeck)
Jörg Ganschow
Georg Gallus
Dr. Werner Hoyer
Arno Schmidt (Dresden)
Dr. Cornelia von Teichman
Torsten Wolfigramm (Göttingen)
Burkhard Zurheide
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

